



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XI/52 - 2. März 1956

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 2 18 31-33  
Fernschreiber 039 890

Hinweise  
auf den Inhalt:

Zur Tass-Erklärung	S. 1
Die Auflösung des britischen Kolonialismus	S. 3
Diskorimonien in <u>Niedersachsens</u> Koalitionsorchester	S. 5
Raeder Ehrenbürger von Kiel?	S. 7

---

## Spiel mit der Trumpf-Karte DDR

PR. Für die wieder stärker in Gang gekommene internationale Diskussion über die Frage der deutschen Einheit liegt ein neuer Beitrag vor, eine über "Tass" verbreitete Stellungnahme der Sowjets.

Ihr Kern ist der Hinweis darauf, dass es unmöglich sein werde, zu einer Vereinigung Deutschlands ohne ein Abkommen "zwischen den beiden deutschen Staaten", also der Bundesrepublik und der sog. DDR, zu kommen. Dies war der Tenor der russischen Haltung schon bei den September-Verhandlungen in Moskau, er blieb es auf der zweiten Genfer Konferenz des Jahres 1955. Besonderes Gewicht bekommt diese, an sich also nicht neue These durch den Zeitpunkt, zu dem sie erfolgt: unmittelbar vor der Ankunft des neuen deutschen Botschafters in Moskau. Das gibt ihr programmatischen Charakter.

Die Einstellung der Sowjets geht von der Überzeugung aus, auch der Westen müsse schliesslich wissen, dass eine friedliche Wiedervereinigung Deutschlands nicht ohne Zustimmung der Sowjets erfolgen kann. Das bestimmt weitgehend Umfang und Art der Bedingungen, die Moskau an eine solche Zustimmung knüpft, ohne dass die Herrn im Kreml freilich schon jetzt eine bindende Zusage für die Wiedervereinigung aussprechen, falls ihre Bedingungen erfüllt werden. Sie sagen nur: ohne diese Voraussetzung gibt es keine Zustimmung. Man weiss ja auch, dass sie noch eine ganze Reihe weiterer Forderungen stellen. Wenn Moskau freilich den Eindruck zu erwecken versucht, dass man zur deutschen Wiedervereinigung ausschliesslich über den Konsens der Sowjetunion kommen könne, dann schießt die russische Politik damit über das Ziel hinaus. Selbstver-

2.3.1956

ständig ist das "Ja" des Westens genau so unentbehrlich.

Wenn die Sowjetunion jetzt so nachdrücklich den souveränen Charakter ihres Zonenstaates unterstreicht, dann weiss sie natürlich selbst gut, dass dieses Argument mehr formalen als realen Wert hat, dass es sozusagen mit Augenzwinkern ausgesprochen wird. Die Sowjetunion benutzt diese Souveränität als Trumpfkarte in ihrem Spiel, wohl wissend, dass auch die Bundesrepublik, wenn auch in viel geringerem Grade als die DDR und in sehr unterschiedlicher Form, sich in einem Abhängigkeitsverhältnis befindet. "Beide deutsche Staaten" (von denen der eine demokratisch legitimiert, der andere aber die Verkörperung eines fremden Machtwillens ist) sind den beiden grossen Machtblöcken sozusagen vorgeschaltet. Das ist eine Tatsache, um die niemand herumkommt. Die neue sowjetische Erklärung ist nichts anderes als die Konsequenz aus dieser festgefahrenen Blockpolitik, für die die Bundesregierung mit verantwortlich ist. Denn sie, die immerhin, wenn schon keine vollkommene Souveränität, so doch die Möglichkeit zu einer gewissen Bewegungsfreiheit besitzt - im Gegensatz zu dem sklavisch an Moskau gebundenen Pankow-Regime - hätte sich seit langem zum Mittler zwischen dem Westen und dem Osten machen müssen, während sich nun Moskau seinerseits als Mittler zwischen Pankow und Bonn anbietet. Bei dieser Gelegenheit gewinnt der Umstand praktische Bedeutung, dass die Sowjets zu beiden deutschen Teilstaaten offizielle Beziehungen unterhalten, die Westmächte nur zu einem

Auch der sowjetische Hinweis auf die Unerlässlichkeit eines direkten Kontaktes zwischen Bonn und Pankow kann also nicht über die Tatsache hinwegtäuschen, dass alles, was in dieser Beziehung geschehen könnte, nur ein Stück der grossen Auseinandersetzung auf der höheren Ebene der Weltmächte wäre. Denn die Einigung Deutschlands kann nicht durch ein Abkommen zwischen Bonn und Pankow erreicht werden, sondern nur durch einen Akkord zwischen denen, die Deutschland heute noch fest in ihrer Hand halten. Bis dahin wird noch viel Zeit vergehen. Inzwischen wäre, wie es die SPD verschiedentlich vorgeschlagen hat, eine Rahmenvereinbarung der vier (effektiven) Besatzungsmächte zu empfehlen, durch die sie, gemäss ihrer gemeinsamen Verpflichtung gegenüber Deutschland als ganzem, die deutschen Behörden ermächtigen, Verhandlungen mit begrenzten Zielen zu führen, etwa über Erleichterungen im Interzonenverkehr u. a. m.

Eine, wenn nicht die entscheidende Frage im langwierigen Prozess der Wiedervereinigung wird die nach dem militärischen Status des künftigen Gesamtdeutschlands bleiben. Jede der beiden Seiten sollte sich darüber im klaren sein und ist es vermutlich auch. Ihrer Beantwortung weichen aber leider noch beide Seiten aus, weil beide noch viel zu sehr von dem Bestreben geleitet werden, den kommenden Staat, der ganz Deutschland umfassen soll, einseitig unter das Vorzeichen der eigenen machtpolitischen Wünsche zu stellen.

+ + +

## Inmer mehr Dominien an Stelle von Kolonien

E.A. London

Während man in Moskau scharfe Resolutionen gegen den Kolonialismus diskutierte und annahm, beschleunigte man in London den natürlichen Entwicklungsgang, der schon bald für eine ganze Reihe von bisherigen Kolonien den Status von selbstregierenden Dominien bringt.

Die britische karibische Föderation ist das letzte Glied in der Kette der Selbständigkeit erlangenden Kolonialterritorien. Die britischen Kolonien in Westindien werden diese Föderation bilden, spätestens im März 1958 Bundeswahlen durchführen, sich eine neue Hauptstadt schaffen und so den Weg betreten, der ihnen in absehbarer Zeit volle Selbständigkeit als Dominion im Commonwealth einräumt. Die Schaffung der britischen karibischen Föderation wurde von Delegierten der westindischen Besitzungen beschlossen, die in der zweiten Februarhälfte in London tagten. Das Bemerkenswerte an dieser Entwicklung liegt darin, dass das britische Kolonialministerium sie anregte und dass sie also nicht unter Druck aus den beherrschten Territorien zustande kam. Man kann darin vielleicht einen merkwürdigen Gegensatz zu der Behandlung der Zypernfrage sehen, wo London dauernd auswich, zögerte und nur unter dem Druck der Zyprioten und der Weltmeinung gewisse Konzessionen zu machen verspricht. In Zypern haben die Militärs viel mitzureden, während in Westindien, Malaya, Singapur und den afrikanischen Territorien die politische Vernunft allein den Ausschlag gab.

Zunächst werden sich nur die Inseln des karibischen Ozeans zu der neuen Föderation zusammenschließen, doch ist es Britisch Guyana und Britisch Honduras freigestellt, sich später dem neuen Staatengebilde anzuschließen, dessen Bildung tatsächlich die Geburtsstunde einer neuen Nation bedeutet.

### Weltweite Bedeutung

An weltweiter Bedeutung aber lässt sich wohl die Entwicklung in Britisch Westindien nicht mit dem Abkommen vergleichen, das in den ersten Februarwochen in London verhandelt und abgeschlossen worden ist, wonach die Föderation von Malaya im August 1957 völlige Selbständigkeit erhalten soll. Die innere Verwaltung der bisherigen Kolonie geht sofort in malayische Hände über; darin eingeschlossen sind Finanzen und Polizei, also auch der Kampf gegen die kommunistischen Rebellen, der von nun an als Ressort des malayischen Verteidigungsministers gilt. Allerdings werden bis zur Erlangung der völligen Selbständigkeit britische Truppen in Malaya stationiert bleiben. Soweit sie jedoch zur Rebellenbekämpfung eingesetzt werden, würden sie unter dem Befehl des malayischen Verteidigungsministeriums stehen.

Malaya wird sicherlich einen Prüfstein abgeben, inwieweit die britische Politik, den Umformungsprozess von Kolonien zu selbständigen Nationen innerhalb des Commonwealth zu beschleunigen, die Feuerprobe bestehen wird. Malaya liegt an einem äußerst wichtigen strategischen Kreuzungspunkt, seine Bevölkerung setzt sich aus vielen Rassen zusammen, es hat nur erst geringe Erfahrungen mit Selbstverwaltung und Selbst-

regierung. Malaya verdient jährlich mehr Dollar für die Sterlingwährung als irgend eine der britischen Grossindustrien. Britische Investitionen in Malaya belaufen sich allein in der Zinn- und Gummi-Industrie auf fast zwei Milliarden D-Mark. Rohgummi und Zinn brachten im vergangenen Jahre 225 Millionen Dollar an Valuten ein.

#### Vertrauen in die Zukunft Malayas

Wenn nun Grossbritannien durch die Gewährung der Selbständigkeit an Malaya das Risiko eingeht, derartige wirtschaftliche und strategische Positionen verlieren zu können, so lässt sich das nur aus dem Vertrauen in die Zukunft Malayas als ein Dominion im Commonwealth erklären. Nicht nur die westliche, sondern auch die kommunistische Welt wird das Experiment Malaya mit wachsenden Augen verfolgen. Die chinesische Volksrepublik würde die Schwächen des neuen malayischen Nationalstaates skrupellos ausnützen. Fast die Hälfte der malayischen Bevölkerung sind chinesische Einwanderer. Noch operieren 5000 fanatische Kommunisten, die ihre Befehle aus Peking erhalten, im undurchdringlichen Dschungel. Sie mit Waffengewalt niederzuwerfen - oder ihre Mitarbeit am Aufbau des malayischen Staates zu gewinnen, stellt die schwierigste Aufgabe der Regierung Tengku Abdul Rahman's dar.

Schon bald wird ein ähnliches Abkommen wie mit Malaya auch mit Singapur getroffen werden. In Afrika haben die Territorien von Nigerien, der Goldküste der zentralafrikanischen Union (Süd- und Nordrhodesien und Nyassaland) bereits weitgehende Selbstregierung. Ihre Etablierung als selbständige Dominien steht in naher Zukunft bevor. Ostafrikanische Dominien in nicht zu ferner Zukunft folgen.

#### Konservative folgen dem Weg Labours

Der Weg, den die Labourregierung 1945 eingeschlagen hatte und dessen erste Marksteine die Selbständigkeit von Indien, Pakistan, Burma und Zeylon waren, geht so unaufhaltsam seiner Vollendung entgegen. Vom britischen Empire reden nur noch einige unbelchrbare Imperialisten Beaverbrook'scher Prägung. Solange die Konservativen in Opposition standen, konnten sie die Umformung Grossbritanniens von einer Kolonialmacht in die Stellung des Primus inter Pares im Commonwealth kritisieren. An der Macht blieb ihnen nichts anderes übrig, als den von Labour beschrittenen Weg mit guter Miene weiterzugehen.

Wie sich die Zukunft des Commonwealth aber gestalten wird, wie sein Struktur im Laufe der Zeiten abgeändert werden muss, das bleibt abzuwarten. Ein Mitglied des Commonwealth - Indien - ist bereits eine selbständige Republik. Ein anderes - Pakistan - wird demnächst eine islamische Republik werden. Die Anerkennung der britischen Krone als Oberhaupt des Commonwealth verliert mehr und mehr seine bindende Kraft. Die ökonomischen Interessen der Mitglieder laufen oft verschiedene Wege, wenn auch der Sterlingblock, dem Kanada allerdings nicht angehört, von wohl allen als ein wirtschaftsstabilisierender Faktor anerkannt wird. In der Aussen- wie in der Innenpolitik gibt es keinen einheitlichen "Commonwealth-Kurs". Selbst die parlamentarische Demokratie - das wichtigste Erbe, das das Mutterland Grossbritannien den Dominien mitgegeben hat, wird in einigen Mitgliedstaaten wie zum Beispiel in Pakistan doch -5-

nur sehr lax respektiert. Trotz dieser inneren Widersprüche aber hat sich der Commonwealth als ein lebender Organismus und ein beachtenswerter Faktor in der Weltpolitik bewiesen.

+ + -

Zu der Frage: Taut das Adenauer-Eis auch an der Seine ?

wird uns aus Hannover geschrieben:

Natürlich taut es. Allerdings wünscht niemand Hochwasser, wie es bei allzu jähem Einbruch des Frühlings nach solcher Kälte leicht eintritt. Draussen in der Natur so wenig wie in der Politik. Aber es rührt sich schon einiges in Niedersachsen. Angesichts der jüngsten Entwicklung in der Bundesrepublik gehörte wirkliche Virtuosität dazu, ausgerechnet in Hannover das gegenwärtige Koalitions-Orchester auch nur über die Cuvrère hinweg (sie dauert ohnehin schon 3/4 Jahre !) zusammenzuhalten.

Zunächst gibt es innerhalb der CDU seit der Wahl im Mai 1955 noch fühlbarer als zuvor nicht gerade freundschaftliche Auseinandersetzungen zwischen dem "katholischen" und dem "evangelischen" Flügel der Partei. Die früheren Unterscheidungsmerkmale "rechts" und "links" vermochte Konrad Adenauer zu überbrücken; aber die neuen Flügelbildungen scheinen mit mehr Dynamit geladen !

In diesem interkonfessionellen Bereich steht zunächst der gern zu Kompromissen bereite CDU-Fraktionsführer im Bundtag, der katholische Rechtsanwalt Dr. Scherf mit seinen Mannen gegen den intransigent klerikalen Abgeordneten Watermann und sein Gefolge. Letztere verfechten - übrigens nicht ganz ohne Grund - die Ansicht, dass die Zeche der niedersächsischen Wahlschlacht des Vorjahres die rd. 90 Prozent der evangelischen Bevölkerung Niedersachsens zahlen müssten. Denn den katholischen Bischöfen gelang es fraglos, - mit Hilfe ihrer Schul-Demonstrationen - die katholischen Wähler-Schäflein fast ausnahmslos in Adenauers eng gewordenen Pferch zu treiben.

Auf der anderen Seite bemühen sich Landtagspräsident Dr. Hofmeister (früher Deutsche Volkspartei), der ehemalige Wirtschaftsminister von Niedersachsen Dr. Fricke (einst deutsch-national) und CDU-Generalsekretär Arnold Fratzscher (aus der christlich-sozialen Front hervorgegangen) die gesamte Firma Scherf, Watermann und Co zu überspielen; also den katholischen CDU-Flügel. Fratzscher steht seit einiger Zeit bereits auf der

2. 3. 1956

Abschussliste der Katholiken; mit ihm haben sie eine alte Rechnung zu begleichen. Fricke und Hofmeister sind zwar in der fast ausschliesslich evangelischen Braunschweiger CDU beheimatet, aber sie sind dort miteinander in Konkurrenz, was ihre Kräfte kaum voll zur Geltung kommen lässt.

#### Der CDU-Ehekontrakt mit den Welfen

Die solcherart in viele Gruppen aufgesplante Partei Dr. Adenauers hat in Hannover mit Heinrich Hellweges Stammpartei, den Welfen, einen Ehekontrakt auf Zeit geschlossen, von dem niemand weiss, wie lange er noch in Kraft bleiben soll. Die Welfen suchen - nicht erst seit gestern - gegenüber der CDU einen eigenen, betont "konservativ-evangelisch-bürgerlichen" Standort. Es ist ihre letzte Chance, - wie die DP-Abgeordneten Beddenriep und Helmers nicht müde werden zu betonen. Auch der Ex-Vizepräsident des Landtages, Mittelständler Wilke, befürwortet die "Dritte Kraft"-Entwicklung der Partei Heinrich Hellweges. Das wiederum in heftiger Opposition gegen die Bundestagsfraktion der DP, vor allem den "ÜNAZ" (überflüssigster Minister aller Zeiten) - Nachfolger von Meerkatz und dem Bundesverkehrsminister Dr. Seeborn, deren Positionen im Bonner Kabinett an dem seidenen Faden der gegenwärtigen Regierungskoalition in Hannover hängen.

Erst hat Dr. Seeborn in einer Sonntagsrede in Hildesheim heftig auf die Pauke gehauen. Um ganz deutlich zu machen, wieviel straffer er (den man in der DP nicht so gern hat wie den wirklichen Welfen Hellwege!) den Bürgerblock in Hannover im Sinne des Kanzlers zügeln würde.

BSP-Kultusminister Tautzen (in dieser Assort immerhin Nr. 2 in knapp acht Monaten!) wurde nach dem Seeborn-Kusarenritt prompt krank und schied aus der Regierung aus. Vorsorglich ohne seine Fraktion zu befragen. Ministerpräsident Hellwege beeilte sich, weiteren Flurschaden zu verhüten und liess durch einen Regierungssprecher verlautbaren, Dr. Seeborn habe den BHE-Minister Ahrens (er ist unbegreiflicherweise der "Fels in der Brandung") nicht kränken wollen, als er den niedersächsischen Verkehrsminister in Hildesheim heftig auf's Korn nahm. Inzwischen votierte der Finanzausschuss des Landtages am 28.2. einmütig gegen die CDU für die Streichung der von der Regierung vorgesehenen Zuschüsse an die katholische Lehrerbildungsanstalt in Vechta, der Kultusausschuss dagegen

bejahte die Vorlage, - nach leidenschaftlichen Auseinandersetzungen im Regierungslager ! Die niedersächsische FDP erklärte Thomas Dehler am gleichen Tage einstimmig das Vertrauen und begrüßte die Düsseldorfer Wende.

Bleibt der BHE als Koalitionspartner Dr. Adenauers in Hannover. In Bonn ist diese Partei - früher noch als die FDP - zu der Erkenntnis gekommen, dass ihr der Kanzler an's Leder will. Nichtsdestoweniger halten einige ihrer massgebenden Männer in Niedersachsen mit unersättlicher Hartnäckigkeit an dem Kurs Kraft-Oberländer fest, der für sie so oder so im "Graben" endet. Aber - wie gesagt - auch in Niedersachsen taut das Eis. Langsam, was die Gefahr des Hochwassers ausschliesst.

#### Vergebliche Ehrenrettung

Der Magistrat der Stadt Kiel gab am Donnerstag in der Kieler Ratsversammlung bekannt, dass das im Jahre 1934 an Grossadmiral Raeder verliehene Ehrenbürgerrrecht im Rechtssinne nicht aberkannt sei, da es an der gesetzlich vorgeschriebenen Durchführung des im Dezember 1945 einstimmig gefassten Aberkennungsbeschlusses gefehlt habe. Die Rechtungültigkeit des im Dezember 1945 gefassten Aberkennungsbeschlusses soll darin liegen, dass Raeder damals der Aberkennungsbeschluss nicht zugestellt worden sei und dass die Kommunalaufsichtsbehörde in Schleswig-Holstein (damals angeblich der Oberpräsident) nicht informiert worden sei. Praktisch wurde damals so verfahren, dass Beschlüsse als gültig angesehen wurden, wenn die Militärregierung keinen Einspruch erhob.

Die "Schleswig-Holsteinische Volkszeitung" schr.ibt dazu:

"Es geht bei einer Stellungnahme gegen die Ehrenbürgerschaft Raeders nicht um ein Bekenntnis gegen die bundesrepublikanische Marine bzw. die Soldaten der neuen Wehrmacht. Es ist freilich von entscheidender Bedeutung, ob die neue Wehrmacht, einschliesslich der Marine, von der Mehrheit eines demokratisch geeinten Volkes getragen, oder ob durch den Versuch einer zweideutigen Traditionsbildung in entscheidenden Teilen des Volkes der Verdacht erweckt wird, dass die neue Wehrmacht auf den Traditionen jener von Hitler geschaffenen Wehrmacht aufbaut, die unter Führung einiger höchster Offiziere von Hitler so grauenhaft missbraucht wurde.

Eine Stellungnahme zur Frage der angeblichen Kieler Ehrenbürger-

schaft Raeders wird nun erforderlich durch die Mitteilung des Kieler Magistrats, nach der die im Dezember 1945 erfolgte Aberkennung der Ehrenbürgerrechte Hitlers und Raeders durch die Kieler Stadtvertretung Rechtsmängel aufgewiesen habe. Dahinter steckt das Bestreben gewichtiger Kreise des Kieler Blocks, auf dem Umweg über sogenannte Rechtsmängel die Ehrenbürgerschaft Raeders wiederherzustellen.

Aus falsch verstandenen Kameradschaftsgeist, wenn nicht aus Schlimmerem, soll Raeder wieder zum Vorbild gemacht werden, und zwar zum Vorbild der neuen Marine, die doch die Aufgabe gestellt bekam, notfalls für die Freiheit der demokratischen westlichen Welt ihr Leben einzusetzen, während es Grossadmiral Raeder zu seiner Aufgabe gemacht hatte, sich für die durch Hitler zum Staatsgrundsatz erhobene Unfreiheit einzusetzen.

Wie will man diesen Widerspruch lösen? Grossadmiral Raeder hat von der "fanatischen Leidenschaft" gesprochen, mit der das deutsche Volk dem Nationalsozialismus folgen sollte. Raeder wurde, nachdem er sich hinreichend als Parteigänger Hitlers ausgewiesen hatte, die Ehrenbürgerschaft Kiels verliehen. Gibt dies nun eine Grundlage dafür ab, eine dergestalt erworbene Ehrenbürgerschaft für heute als gültig anzusehen?

Der Versuch, Raeder auf dem Paragraphenweg in die Ehrenbürgergalerie zu schmuggeln, ist ein höchst unwürdiges Unternehmen. Er läßt vor allem ausser Betracht, dass Raeder die Ehrenbürgerschaft keineswegs von einer zuständigen Kieler Stadtvertretung verliehen wurde, sondern von einer diktatorisch eingesetzten Stadtvertretung. Will der Kieler Block eine solche, auf diktatorischem Wege verliehene Ehrenbürgerschaft als rechtens und würdig bezeichnen?

Wohl niemand hat das Verlangen, gegenüber Raeder ungerecht zu sein oder gar unmenschlich zu handeln. Massgebliche Sozialdemokraten Schleswig-Holsteins, Oppositionsführer Wilhelm Kaerber und Landtagsvizepräsident Karl Ratz, haben sich für eine Haftentlassung Raeders und Dönitz' ausgesprochen. Sie haben jedoch gleichzeitig stets erkennen lassen, dass dies eine notwendige menschliche Massnahme darstelle. Es dürfe nicht zu einer neuen politischen Belastung durch Rechtfertigungsversuche der Haltung beider Grossadmirale führen, denn die pro-Hitlerischen Äusserungen beider Admirale waren eindeutig."

+ + -

-----  
Verantwortlich: Peter Raunau